

Georg Dietlein

Der Rechtsanwalt und sein Zweitberuf

Eine kritische Untersuchung der Tätigkeitsverbote
der §§ 43a Abs. 6, 45 BRAO



Nomos

Schriftenreihe des Instituts für Anwaltsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler

Prof. Dr. Matthias Kilian

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting

Band 99

Georg Dietlein

Der Rechtsanwalt und sein Zweitberuf

Eine kritische Untersuchung der Tätigkeitsverbote
der §§ 43a Abs. 6, 45 BRAO



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Universität, Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8756-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-3195-9 (ePDF)

Die Bände 1 bis 95 sind im Anwaltverlag, Bonn erschienen.

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern
in Dankbarkeit und Liebe*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen. Eingearbeitet sind die Änderungen, die sich durch die große BRAO-Reform 2021 ergeben haben.

Mein erster Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Martin Henssler. Er gab den inhaltlichen Impuls für diese Arbeit und erklärte sich ohne Zögern bereit, die Betreuung zu übernehmen. Bedanken möchte ich mich weiterhin bei Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hanns Prütting für die Erstellung des Zweitgutachtens. Diesen beiden sowie Herrn Professor Dr. Matthias Kilian danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts für Anwaltsrecht der Universität zu Köln.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, die mich auf meinem bisherigen Lebensweg stets unterstützt und meinen akademischen Weg vom ersten Semester an begleitet haben. Durch ihren Rückhalt haben sie die Entstehung dieser Arbeit erst ermöglicht.

Köln, am Fest der Darstellung des Herrn 2022
Georg Dietlein

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung und Problemstellung	25
I. Einleitung	25
II. Begriffsbestimmung „Zweitberuf“	27
III. Inhaltliche Einführung zu §§ 43a Abs. 6, 45 BRAO	28
IV. Zahlen und Statistiken	31
V. Gang der Untersuchung	34
ALLGEMEINER TEIL	37
A. Historischer Teil	39
I. Zahlreiche Vorgängernormen	39
II. Das Gesetzgebungsverfahren 1993/94 im Überblick	40
III. Grundsätzliche Veränderungen durch den Rechtsausschuss	42
IV. Vom Referenten- zum Regierungsentwurf	44
V. Die Relevanz der Zweitberufsentscheidung des BVerfG für die BRAO-Reform 1994	50
VI. Stellungnahmen zum Regierungsentwurf	52
VII. Die Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages	61
VIII. Die weiteren Beratungen im Rechtsausschuss und das Gesetz	63
IX. Der heutige § 45 BRAO und die BRAO-Reform 2021	66
B. Systematischer Teil	67
I. Vorbemerkung	67
II. Einordnung in das Gesamtgefüge der BRAO	68
III. Die Schutzzwecke von § 45 BRAO	69

Inhaltsübersicht

IV. Gegenargumente	99
V. § 45 BRAO und der „Interessenkonflikt“	104
VI. Abgrenzung anwaltliche / nicht-anwaltliche Tätigkeit	110
VII. Verfassungsmäßigkeit des § 45 BRAO	115
VIII. Erstreckung der Tätigkeitsverbote auf Sachverhalte gemeinschaftlicher Berufsausübung	117
IX. Zeitliche Begrenzung der Tätigkeitsverbote?	125
X. Möglichkeit der Einwilligung in § 45 BRAO?	127
XI. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 45 BRAO	128
XII. Rechtsvergleichender Teil	129
BESONDERER TEIL	135
A. Rechtsanwalt und Richter	137
I. Einleitung	137
II. Die Geschichte des Tätigkeitsverbotes	139
III. Zwei geschützte Rechtsgüter in einer Norm: die Unabhängigkeit der Justiz und anwaltliche Unabhängigkeit	149
IV. Konkurrenzverbot / richterliches Karenzgebot in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung	158
V. Vorbefassungs-Tätigkeitsverbote für Richter in den Prozessordnungen	160
VI. Verfassungsmäßigkeit	166
VII. Fazit	166
B. Rechtsanwalt und Notar	169
I. Die Berufsbilder im Vergleich	169
II. Geschichte des Tätigkeitsverbotes	172
III. Relevante Tätigkeitsverbote	172
IV. Reichweite „notarielle Tätigkeit“	174
V. Reichweite „dieselbe Angelegenheit“ / Rechtssache	175
VI. Notwendigkeit einer Interessenkollision?	199
VII. Exkurs: Die Bedeutung von Gesetzesmaterialien für die Auslegung eines Gesetzes	201
C. Rechtsanwalt und Angehöriger des öffentlichen Dienstes	213
I. Einleitung	213

II. Begriffsbestimmung „öffentlicher Dienst“	214
III. Historische Wurzeln des Tätigkeitsverbotes	219
IV. Einzelfälle zum öffentlichen Dienst	220
V. Verfassungsmäßigkeit	234
VI. Fazit	237
D. Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter	239
I. Das Berufsbild des Insolvenzverwalters	239
II. Der Insolvenzverwalter im Gefüge des § 45 BRAO	241
III. Absatz 1 Nr. 2	242
IV. §§ 45 Abs. 1 Nr. 3, 43a Abs. 6 BRAO	248
V. Der Insolvenzverwalter als Angehöriger des öffentlichen Dienstes?	268
VI. Parallele Anwaltstätigkeit (für Grundpfandgläubiger) neben der Insolvenzverwaltung?	271
VII. Der anwaltliche Insolvenzverwalter und die Grenzen des § 56 InsO	275
VIII. Konsequenzen für den Beruf des Insolvenzverwalters	281
IX. Verfassungsmäßigkeit	283
E. Rechtsanwalt und Mediator	285
I. Rechtslage vor BRAO-Reform 2021	286
II. Neuregelung durch BRAO-Reform 2021	288
F. Rechtsanwalt und Patentanwalt	291
I. Rechtslage vor BRAO-Reform 2021	291
II. Neuregelung durch BRAO-Reform 2021	292
G. Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt	293
H. Rechtsanwalt und Schiedsrichter	295
I. Rechtsanwalt und Testamentsvollstrecker	299
I. Ein historischer Rückblick	299
II. Heutige Sicht	300
J. Rechtsanwalt und Betreuer	301
I. Besondere Relevanz des Themas	301
II. Das „besondere“ Tätigkeitsverbot des Abs. 1 Nr. 2	304

Inhaltsübersicht

III. Die weitergehenden Tätigkeitsverbote nach Abs. 1 Nr. 3 (Nr. 4 a.F.)	304
K. Unterschiedliche Konstellationen zu Abs. 1 Nr. 3	315
I. Allgemeines	315
II. Einige Konstellationen in Beispielen	326
III. Verfassungsmäßigkeit	334
IV. Fazit	343
REFORMVORSCHLAG	345
Reformvorschlag	347
I. DAV-Reformvorschlag 2006	347
II. Eigener Reformvorschlag	348
III. Kommentierung des Reformvorschlages	350
Fazit in Thesen	357
ANHANG	361
Gesetzesentwicklung des § 45 BRAO	363
Literaturverzeichnis	377
Weitere Materialien	393

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung und Problemstellung	25
I. Einleitung	25
II. Begriffsbestimmung „Zweitberuf“	27
III. Inhaltliche Einführung zu §§ 43a Abs. 6, 45 BRAO	28
1. Regelungsgehalt von §§ 43a Abs. 6, 45 BRAO	28
2. Abgrenzung zu § 43a Abs. 4 BRAO	29
IV. Zahlen und Statistiken	31
V. Gang der Untersuchung	34
ALLGEMEINER TEIL	37
A. Historischer Teil	39
I. Zahlreiche Vorgängernormen	39
II. Das Gesetzgebungsverfahren 1993/94 im Überblick	40
III. Grundsätzliche Veränderungen durch den Rechtsausschuss	42
IV. Vom Referenten- zum Regierungsentwurf	44
V. Die Relevanz der Zweitberufsentscheidung des BVerfG für die BRAO-Reform 1994	50
VI. Stellungnahmen zum Regierungsentwurf	52
1. Die (erste) Stellungnahme der Bundesrechtsanwaltskammer	52
2. Die Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins	55
3. Die Erwiderung der BRAK auf die DAV-Stellungnahme	59
4. Die DAV-Stellungnahme zur Anhörung	60
VII. Die Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages	61
VIII. Die weiteren Beratungen im Rechtsausschuss und das Gesetz	63
IX. Der heutige § 45 BRAO und die BRAO-Reform 2021	66
B. Systematischer Teil	67
I. Vorbemerkung	67

Inhaltsverzeichnis

II. Einordnung in das Gesamtgefüge der BRAO	68
III. Die Schutzzwecke von § 45 BRAO	69
1. Interessenkollisionen bzw. besser: kollidierende Berufsrechte	71
2. Geschütztes Rechtsgut: „Rechtspflege“	73
3. Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit	74
4. Rechtsgut „anwaltliche Geradlinigkeit“	76
5. Schutz der anwaltlichen Unabhängigkeit bzw. des Vertrauens in diese speziell bei § 45 Abs. 1 Nr. 3 BRAO	77
6. Beschädigung des Ansehens des Anwaltsberufes durch Vermengung mit einem Zweitberuf?	79
7. Verbraucherschutz / Flucht aus dem Berufsrecht	80
8. Schutz des Mandanten / der Qualität der Beratung	81
9. Gefahr der Verwendung / Verwertung von Insiderwissen	82
10. Vorbefassung in abhängiger Stellung zu einem Arbeitgeber	85
11. Voreingenommenheit durch Vorbefassung	88
12. Psychologische Grundlage: Primacy-Effekt	88
13. Gefahr der Vertuschung eigener Fehler	92
14. Finanzielle Interessen / Zusammenhang kraft Gebühr	94
15. Zwischenfazit	98
IV. Gegenargumente	99
1. Berufsfreiheit und Marktfreiheit	99
2. Interesse der Mandanten an dem Anwalt ihrer Wahl bzw. einer umfassenden Dienstleistung	100
3. Knappheit von Rechtsanwältinnen infolge von „Infektion“	101
4. Problem der Rechtsdurchsetzungsgleichheit bei Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Nr. 2 a.F.	101
5. Abhängigkeitsstellung als Kriterium ungeeignet	102
6. Tätigkeitsverbot dämmt Wissenstransfer nicht ein	102
V. § 45 BRAO und der „Interessenkonflikt“	104
1. Definition Interessenkonflikt / Interessenkollision	104
2. Abstrakte und konkrete Interessenkollision	105
3. Kann es eine Interessenkollision trotz gleichlaufender / gleichgerichteter Interessen geben?	106
4. § 45 BRAO als „abstraktes Gefährdungsdelikt“?	107
VI. Abgrenzung anwaltliche / nicht-anwaltliche Tätigkeit	110
1. Ausgangspunkt: Das Anwaltsbild der BRAO	112
2. § 46 Abs. 3 BRAO als Auslegungshilfe?	114
3. Das RVG als Stütze?	115

4. Zwischenfazit	115
VII. Verfassungsmäßigkeit des § 45 BRAO	115
VIII. Erstreckung der Tätigkeitsverbote auf Sachverhalte gemeinschaftlicher Berufsausübung	117
1. Gemeinschaftliche Berufsausübung	117
2. Der Sonderfall des Sozietätswechslers	119
3. Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung	119
4. Verhältnis von § 45 BRAO zu § 3 BORA a.F.	122
5. Rechtspolitische Überlegungen	124
IX. Zeitliche Begrenzung der Tätigkeitsverbote?	125
X. Möglichkeit der Einwilligung in § 45 BRAO?	127
XI. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen § 45 BRAO	128
XII. Rechtsvergleichender Teil	129
1. CCBE Berufsregeln	130
2. Österreich	130
3. Belgien	131
4. Niederlande	132
5. Luxemburg	132
6. Liechtenstein	132
7. Litauen	133
8. Weitere europäische Länder	133
9. Fazit	133
BESONDERER TEIL	135
A. Rechtsanwalt und Richter	137
1. Einleitung	137
1. Gegenläufigkeit der Berufe Richter / Rechtsanwalt	137
2. Ein (extremes) Gegenbeispiel	138
II. Die Geschichte des Tätigkeitsverbotes	139
1. Wurzeln bereits im kanonischen Recht	139
2. Bis zur RAO (1878)	140
3. Die RAO (1878)	144
4. Weiterentwicklung durch die Rechtsprechung	147
5. Die heutige Fassung der Norm	148
III. Zwei geschützte Rechtsgüter in einer Norm: die Unabhängigkeit der Justiz und anwaltliche Unabhängigkeit	149
1. Die Initiative des Landes Hessen (2005/2006)	150

Inhaltsverzeichnis

2. Unabhängigkeit der Justiz wichtiger als die anwaltliche Unabhängigkeit?	153
IV. Konkurrenzverbot / richterliches Karenzgebot in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung	158
V. Vorbefassungs-Tätigkeitsverbote für Richter in den Prozessordnungen	160
1. Parallelen zum Vorbefassungs-Tätigkeitsverbot des § 45 BRAO	160
2. Wesentlicher Unterschied: Rollentausch versus Rollenkonstanz	162
VI. Verfassungsmäßigkeit	166
VII. Fazit	166
B. Rechtsanwalt und Notar	169
I. Die Berufsbilder im Vergleich	169
1. Grundlegende Ähnlichkeiten und Differenzen	169
2. Anwaltsnotariat und Nur-Notariat	170
II. Geschichte des Tätigkeitsverbotes	172
III. Relevante Tätigkeitsverbote	172
IV. Reichweite „notarielle Tätigkeit“	174
V. Reichweite „dieselbe Angelegenheit“ / Rechtssache	175
1. Die „Rechtssache“ (§ 45 BRAO) in den Beratungen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages	177
2. Erbschaft, Erben, Vererben	183
3. Weites Verständnis von „Angelegenheit“ in der Literatur	185
4. Ehe und Scheidung, Zugewinnausgleich, Unterhalt, Sorgerecht	185
a) § 45 Abs. 1 Nr. 2 BRAO a.F.	187
b) § 45 Abs. 1 Nr. 2 BRAO a.F. nach der BRAO-Reform 2021	188
c) Neutralitätspflicht des Notars	189
d) § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 BeurkG	190
5. Zwischenfazit	191
6. Das Verhältnis von § 45 Abs. 1 Nr. 2 a.F. zu Nr. 1 BRAO	193
7. Die überraschende Kommentierung von Eylmann	194
8. Notarielle Vorbefassung: Beurkundung und Beglaubigung	196
9. Hilfskriterium: die Gebühren für eine „Rechtssache“	198
10. Abschließende Bemerkungen zum Terminus „dieselbe Rechtssache“	199

VI. Notwendigkeit einer Interessenkollision?	199
VII. Exkurs: Die Bedeutung von Gesetzesmaterialien für die Auslegung eines Gesetzes	201
1. Die Bewertung von Materialien anhand der Kriterien Repräsentativität, Schlüsselstellung, Transparenz und Konsistenz	208
2. Die konkrete Ergiebigkeit der 121. Sitzung des Rechtsausschusses	209
3. Zwischenergebnis	210
C. Rechtsanwalt und Angehöriger des öffentlichen Dienstes	213
I. Einleitung	213
II. Begriffsbestimmung „öffentlicher Dienst“	214
III. Historische Wurzeln des Tätigkeitsverbotes	219
IV. Einzelfälle zum öffentlichen Dienst	220
1. Ehrenamtlicher Angehöriger des öffentlichen Dienstes	220
2. Grenzfall: Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1312/16	221
3. Rechtsreferendare	223
4. Rechtsanwalt / Politiker	230
a) Schädliche Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren?	232
b) Exkurs: Kommunale Vertretungsverbote	233
5. Weitere Beispielfälle	234
V. Verfassungsmäßigkeit	234
1. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1312/16	235
2. Bleibende Aktualität nach der BRAO-Reform 2021	236
VI. Fazit	237
D. Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter	239
I. Das Berufsbild des Insolvenzverwalters	239
II. Der Insolvenzverwalter im Gefüge des § 45 BRAO	241
III. Absatz 1 Nr. 2	242
1. Wortlaut und Ausgangspunkt	242
2. Erweiterung von Abs. 1 Nr. 2?	247
IV. §§ 45 Abs. 1 Nr. 3, 43a Abs. 6 BRAO	248
1. Meinungsstand	250
a) Insolvenzverwaltung als anwaltliche Tätigkeit	250
b) Insolvenzverwaltung als nicht-anwaltliche Tätigkeit	257

Inhaltsverzeichnis

2. Stellungnahme	260
a) Bereichsspezifische Auslegung des Tatbestandsmerkmals „außerhalb seiner Anwaltstätigkeit“	260
b) Historisches Argument	264
3. Praktischer Anwendungsfall	266
V. Der Insolvenzverwalter als Angehöriger des öffentlichen Dienstes?	268
VI. Parallele Anwaltstätigkeit (für Grundpfandgläubiger) neben der Insolvenzverwaltung?	271
VII. Der anwaltliche Insolvenzverwalter und die Grenzen des § 56 InsO	275
VIII. Konsequenzen für den Beruf des Insolvenzverwalters	281
IX. Verfassungsmäßigkeit	283
E. Rechtsanwalt und Mediator	285
I. Rechtslage vor BRAO-Reform 2021	286
II. Neuregelung durch BRAO-Reform 2021	288
F. Rechtsanwalt und Patentanwalt	291
I. Rechtslage vor BRAO-Reform 2021	291
II. Neuregelung durch BRAO-Reform 2021	292
G. Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt	293
H. Rechtsanwalt und Schiedsrichter	295
I. Rechtsanwalt und Testamentsvollstrecker	299
I. Ein historischer Rückblick	299
II. Heutige Sicht	300
J. Rechtsanwalt und Betreuer	301
I. Besondere Relevanz des Themas	301
II. Das „besondere“ Tätigkeitsverbot des Abs. 1 Nr. 2	304
III. Die weitergehenden Tätigkeitsverbote nach Abs. 1 Nr. 3 (Nr. 4 a.F.)	304
1. Grundsätzlicher Vorrang von Abs. 1 Nr. 2 vor Nr. 3	304
2. Mögliche Kollisionen der Berufsbilder Anwalt / Betreuer	307

3. Abgrenzung: Berufsbetreuer als anwaltliche Tätigkeit?	308
4. Das vergessene Tatbestandsmerkmal: „in Angelegenheiten“ bzw. in derselben Angelegenheit	309
5. Wertung	310
K. Unterschiedliche Konstellationen zu Abs. 1 Nr. 3	315
I. Allgemeines	315
1. Auch Wahrnehmung eigener Rechte?	315
2. Tätigkeitsverbot und Unvereinbarkeitsvorschriften	318
3. Sinn und Zweck von Abs. 1 Nr. 3	319
4. Begriffsbestimmung „beruflich“	321
5. Sozietätsfähiger Zweitberuf	323
a) Vor BRAO-Reform 2021	323
b) Neuregelung durch BRAO-Reform 2021	326
II. Einige Konstellationen in Beispielen	326
1. Anwalt und Aufsichtsrat	326
2. Anwalt und Vorstand in einem Verein	328
3. Anwalt und Hausverwalter	330
4. Anwalt und Kunsthändler	330
5. Anwalt und Spielerberater	331
6. Anwalt und Arzt	333
7. Anwalt und Steuerberater/Wirtschaftsprüfer/vBP	334
III. Verfassungsmäßigkeit	334
1. Teleologische Reduktion von § 45 BRAO durch den BGH	336
2. Das Erfordernis einer „Interessenkollision“ in der Rspr. des BVerfG	338
3. Das Zweitberufs-Urteil (Syndikus-Urteil) des BVerfG	339
4. Woran genau bemisst sich eine „Interessenkollision“?	341
IV. Fazit	343
REFORMVORSCHLAG	345
Reformvorschlag	347
I. DAV-Reformvorschlag 2006	347
II. Eigener Reformvorschlag	348
III. Kommentierung des Reformvorschlages	350

Inhaltsverzeichnis

Fazit in Thesen	357
ANHANG	361
Gesetzesentwicklung des § 45 BRAO	363
Literaturverzeichnis	377
Weitere Materialien	393

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AnwG	Anwaltsgericht
AnwGH	Anwaltsgerichtshof
BadAdvO	Badische Advocatenordnung
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
BeckRS	beck-online Rechtsprechung
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz (bis 2013; 1877 als „Reichsjustizamt“ begründet)
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (seit 17.12.2013)
BNotO	Bundesnotarordnung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BRÄK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRÄK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BR-Drs.	Deutscher Bundesrat – Drucksachen
BT-Drs.	Deutscher Bundestag – Drucksachen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts

Abkürzungsverzeichnis

CCBE	Conseil des Barreaux de l'Union européenne (Rat der Anwaltschaften der Europäischen Union)
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
Ebd.	eibenda
EGH	Ehrengerichtshof (Reichs-Ehrengerichtshof), zugleich Entscheidungssammlung („Die Entscheidungen des Ehrengerichtshofs für Deutsche Rechtsanwälte“, 1880-1933)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
FuR	Zeitschrift für Familie und Recht
ggü.	gegenüber
HGB	Handelsgesetzbuch
InsO	Insolvenzordnung
i.d.F.	in der Fassung
i.S.d.	im Sinne der / des
i.S.v.	im Sinne von
JW	Zeitschrift „Juristische Wochenschrift“ (1872-1939, später: NJW)
JZ	Juristenzeitung
LG	Landgericht
MediationsG	Mediationsgesetz
MüKo	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
RA	Rechtsanwalt / Rechtsanwältin
RAO	Rechtsanwaltsordnung (1878)
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

Abkürzungsverzeichnis

RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	Rechtsprechung
SächsAdvO	Sächsische Advocatenordnung
StB	Steuerberater
StV	Der Strafverteidiger (Zeitschrift)
vBP	vereidigter Buchprüfer
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WP	Wirtschaftsprüfer
WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfL	Zeitschrift für Lebensrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZKM	Zeitschrift für Konfliktmanagement
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil

